

Luise Klemens – Vorsitzende der Fraktion ver.di / ACA / IG-Metall

„Wir haben im Laufe der Sitzung noch das Thema der mangelhaften Finanzierung der GKV für Bürgergeldempfangende auf der Tagesordnung. Aber zuvor möchte ich dazu sagen, dass dies politisch gesehen ein Trauerspiel ist, dass eine solche Klage erforderlich ist. Es sollte eigentlich selbstverständlich sein, dass, wenn man den Krankenkassen Aufgaben aufbürdet, diese auch entsprechend refinanziert werden. So lässt sich auch annehmen und daraus ableiten, dass die Bundesregierung – und das gilt für die aktuelle wie auch für die vorherige – die Versicherten und ihre finanzielle Situation nicht unbedingt im Blick haben. Wenn man sich zudem das Vertrauen in die Systeme anschaut und zuvor wurde ja bereits berichtet, wie das Vertrauen in die Pflegeversicherung bereits abgenommen hat, dann ist das schlecht für die Gesellschaft. Daher müsse man im Zuge der angestrebten Klage auch über weitere versicherungsfremde Leistungen sprechen. Die Versicherten müssen für sehr viele Leistungen zahlen, was sie eigentlich gar nicht tun müssten. Zudem müssen die derzeitigen Hilfskrücken, die in Form von Darlehen geplant sind, ebenfalls in den Blick genommen werden. Das ist zwar kein neues Phänomen, aber Darlehen müssen natürlich auch zurückgezahlt werden. Und von handelt es sich bei dem vorgesehenen Darlehen um eine Milchmädchenrechnung.

Und wenn man über Lösungen nachdenkt, dann empfiehlt sich ein Blick auf ein Monitoring des DGB. Dort wird in regelmäßigen Abständen darauf geschaut, wie es um die Tarifbindung in der Bundesrepublik Deutschland bestellt ist. Also, wie viele Beschäftigte fallen überhaupt mit ihrem Arbeitsverhältnis unter einen Tarifvertrag. Im Ergebnis nimmt dies stetig ab und hat bald die 50-Prozentmarke erreicht. Begleitend zum Monitoring war ein Institut mit der Antwort auf die Frage beauftragt, was wäre, wenn alle Beschäftigten in Deutschland ein Tarifgehalt bekämen. Das Ergebnis war, dass auf der Einnahmeseite dadurch enorme Summe zusammenkommen würden, Bezogen auf die Gesetzliche Krankenversicherung allein wären dies Mehreinnahmen von ca. 41 Mrd. Euro. Das ist weit mehr als nichts und daher glaube ich, dass die Bundesregierung gut beraten wäre, auch hier mal ihre Zusagen einzulösen, indem sie sagt, wie die Tarifbindung erhöht werden kann. Das geplante Tariftreuevergabegesetz ist hierzu ein kleiner Schritt, aber andererseits auch ziemlich löchrig, wenn man es sich genauer anschaut. Ich denke, wir sollten darauf schauen, wie können die Einnahmen verbessert werden, aber auch das Thema Mehrwertsteuer ist ein wichtiger Ansatz. Man kann es sich an fünf Fingern abzählen, was an Belastungen abnehmen und wie sich das auf die Beiträge auswirken würden, wenn der Mehrwertsteuersatz auf Arzneimittel reduziert würde. Von daher finde ich es auch gut, dass vor allem der Vorstand dieses Thema auch immer wieder im politischen Raum bewegt.

Darüber hinaus möchte ich noch etwas zu den Sozialwahlen sagen. Ich finde es gut, dass der Weg zu den Online-Wahlen nunmehr freigegeben wird. Dazu haben wir ja auch viel beigetragen, mit dem Pilotprojekt als eine der ersten Krankenkassen Online-Wahlen durchzuführen. Gleichzeitig möchte ich aber auch sagen, dass allein die Online-Wahlen oder dass man es ablehnt, dass es Wahlen ohne Wahlhandlung gibt, uns nicht bei der Erhöhung der Wahlbeteiligung retten wird. Deswegen ist es meiner Meinung nach wichtig, dass die Selbstverwaltung und die Selbstverwalter und Selbstverwalterinnen mehr sichtbar sind. Wir hatten bereits darüber gesprochen, a) sind wir eingeladen zu Veranstaltungen der DAK-Gesundheit oder des vdek, um dort sichtbar zu sein, aber auch b), dass die Kampagne „mitreden“ auf der Webseite der DAK-Gesundheit verlinkt ist, aber zudem, dass auch wir dazu beitragen, dort wo wir unterwegs sind – in unseren Verbänden und auf persönlichen Seiten – die Interimskommunikation sichtbar zu machen. Denn wenn es nur wieder darum geht „jetzt ist der nächste Wahltermin für die Sozialwahl“ dann haben wir viele Chancen liegen gelassen. Gespannt bin auch auf einen kommenden Termin. Der Bundeswahlbeauftragte hat am 7. Oktober 2025 die Listenträger zu einem Gespräch eingeladen zum Thema Online-Wahlen und wie sich die Thematik weiter entwickeln wird.

Zuletzt möchte ich nur betonen: Vielen Dank für die gestrige Fachtagung zur Künstlichen Intelligenz. Wir hatten ebenfalls gestern noch eine ganze Reihe von Ideen entwickelt, was man zudem noch an Themen behandeln könnte. Ein Beispiel dabei war die Arbeit der Widerspruchsausschüsse. Wenn die sich verbessern lässt, ist dies nicht nur für die ehrenamtlich Tätigen gut, sondern auch für die Versicherten, weil sie schneller eine Antwort zu ihrem Anliegen bekommen.“